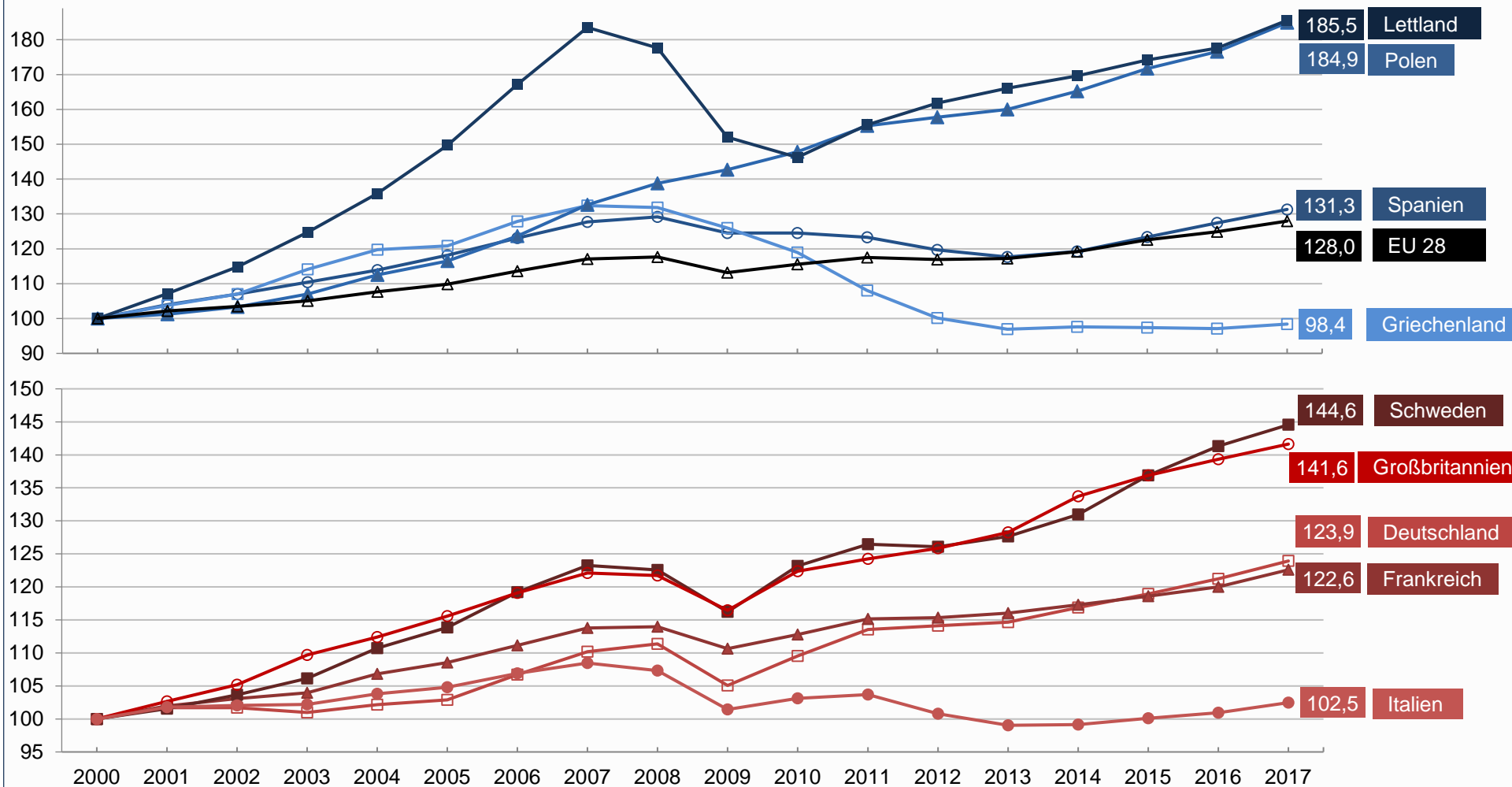


## ■ Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten EU-Ländern 2000 - 2017 Indexdarstellung 2000 = 100, BIP zu konstanten Marktpreisen (Wechselkurse zu 2005 in Euro)



Quelle: Eurostat (2018): Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen (ESVG), BIP und Hauptkomponenten



## Wachstumsraten des realen Bruttoinlandsprodukts in ausgewählten EU-Ländern 2000 - 2017

Wenn international die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit zwischen Ländern verglichen wird, greift man auf das reale Bruttoinlandsprodukt (BIP), also die Summe aller im Inland produzierten Güter und Dienstleistungen, zurück. Betrachtet man die wirtschaftliche Entwicklung von ausgewählten EU-Ländern seit dem Jahr 2000 als Index, ist bei allen Ländern bis zum Jahr 2007 ein Wachstum des realen BIP zu verzeichnen. Nachdem das Wirtschaftswachstum 2009 in den Mitgliedstaaten der EU, außer in Polen, rückläufig gewesen war, erholte es sich bereits 2010 in den meisten Ländern wieder. Lediglich in Griechenland und Italien dauert die Bewältigung der Krise nach wie vor an. Dagegen scheint sich die wirtschaftliche Situation in Spanien langsam zu entspannen. Deutliche Unterschiede fallen bei den Gründen sowohl für das Wachstum vor der Finanzkrise als auch in dem Verlauf und der Bewältigung der Krise zwischen den einzelnen Ländern auf.

Das höchste Wirtschaftswachstum in der EU seit dem Jahr 2000 hat **Lettland** zu verzeichnen. Bis zum Jahr 2007 war das BIP um etwa 83,5 % angestiegen, sank anschließend aber als Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise bis zum Jahr 2010 um 20 %. Ein Grund war die Aufnahme hoher ausländischer Kredite in den Vorkrisenjahren, die jedoch nicht in die wirtschaftliche Entwicklung investiert, sondern vor allem für den Konsum ausgegeben wurden. Daraus entwickelte sich bis zum Jahr 2007 zwar ein hohes Wirtschaftswachstum, allerdings auch eine Kredit- und Immobilienblase. Mit dem Beginn der Finanzkrise konnten die Kredite nicht mehr bedient werden, weshalb ein Einbrechen der meisten Wirtschaftsbranchen erfolgte und die Arbeitslosenquote bis auf 19,8 % im Jahr 2010 anstieg. Durch ein Finanzhilfepaket der EU in Höhe von 4,5 Mrd. Euro konnte die lettische Regierung verschiedene wirtschaftsfördernde Maßnahmen einleiten, die zu einer schnellen Erholung der Wirtschaft führten. Seit 2010 ist das BIP bis zum Jahr 2017 wieder kontinuierlich angestiegen und hat sich im Vergleich zum Jahr 2000 insgesamt um 85,5 % verbessert. Dies ist vor allem auf den langsam wachsenden Export- und Konsumanstieg zurückzuführen. Trotz der hohen Wachstumsrate macht das lettische BIP mit 17 Mrd. Euro im Jahr 2017 nur einen minimalen Anteil von 0,1 % in der EU aus. Auch das Bruttoinlandsprodukt pro Kopf liegt deutlich unterhalb des EU-Durchschnitts (vgl. [Abbildung X.2](#)).

Eine konstant positive wirtschaftliche Entwicklung hat **Polen** vorzuweisen. Seit dem Jahr 2000 erhöhte sich das BIP bis 2017 um 84,9 %. Es ist eines der wenigen Länder, die ohne Rezession durch die Finanzkrise gekommen ist, was vor allem auf den großen Binnenmarkt mit konstant hohen Konsumausgaben, eine relativ geringe Gesamtverschuldung, der günstigen Lage als logistische Schnittstelle zwischen West- und Osteuropa, kontinuierlich steigende Exporte und hohe EU-Fördergelder zurückzuführen ist. Allein in der EU-Förderperiode zwischen 2007 und 2013 war Polen mit 67 Mrd. Euro der größte Nettoempfänger. Zudem waren die polnischen Unternehmen nicht so stark wie in anderen Ländern auf dem Kapitalmarkt aktiv, weshalb Polen die Finanzkrise zusätzlich nicht so hart traf. Im Jahr 2017 war Polen mit einem BIP von 388 Mrd. Euro die achtgrößte Volkswirtschaft in der EU.

Bis zum Jahr 2008 erlebte **Spanien** ebenfalls ein starkes Wirtschaftswachstum von 56 %, was vor allem durch einen Boom in der Bauwirtschaft sowie einer starken Tourismus- und Automobilbranche erreicht wurde. Zudem war Spanien zwischen den Jahren 2000 und 2006 mit 57,3 Mrd. Euro der größte Nettoempfänger von EU-Fördermitteln. Seit Beginn der Wirtschafts- und Finanzkrise sowie dem Platzen der Immobilienblase

stieg die Arbeitslosigkeit von 8,5 % im Jahr 2007 auf 20 % im Jahr 2010 an, wobei alleine im Bausektor knapp 20 % der Beschäftigten ihre Stelle verloren. Dadurch verringerte sich das BIP von 2008 bis 2010 um knapp 4 % und ist bis 2017 um lediglich 7 Prozentpunkte gestiegen. Der Grund für die fehlende wirtschaftliche Erholung liegt unter anderem in der anhaltenden Krise des Bausektors begründet, der bis 2008 fast ein Drittel der Bruttowertschöpfung des Landes ausmachte. Stabilisiert werden konnte die Entwicklung des BIP mithilfe des größten nationalen Konjunkturprogramms in Europa, womit sich die Erwerbstätigkeit seit 2013 langsam erholt und die Arbeitslosigkeit zurückgeht. Allerdings lag sie 2017 immer noch bei über 17 %. Zusätzlich belasten die hohe Staatsverschuldung und verschiedene Austeritätsmaßnahmen das Land. So wurden bspw. Steuererhöhungen (z.B. Umsatzsteuer) und strengere Regeln für den Bezug von Arbeitslosenhilfe beschlossen. Trotz der nach wie vor schwierigen wirtschaftlichen Situation war Spanien 2017 mit einem BIP von 1 Billion Euro die fünftgrößte Volkswirtschaft in der EU.

Eine moderat positive wirtschaftliche Entwicklung hat **Schweden** vorzuweisen. Bis 2007 erhöhte sich das BIP um 23 %, sank aber infolge der Wirtschaftskrise bis 2009 wieder um knapp 6 %. Dank einer starken Exportorientierung hatte Schweden jahrelang Handelsbilanzüberschüsse erwirtschaftet, die jedoch im Zuge der Krise 2009 um 14 % einbrachen. Zusätzlich mussten Ende 2008 die finanziell angeschlagenen Banken mit einem staatlichen Rettungspaket unterstützt werden. Durch einen schnellen Wiederanstieg der Exporte erreichte das BIP bereits im Jahr 2010 wieder das Vorkrisenniveau von 2007 und lag 2017 insgesamt um 44,6 % höher als im Jahr 2000. Mit 398 Mrd. Euro stellte Schweden 2017 das siebtgrößte BIP in der EU.

In **Großbritannien** wuchs das BIP bis 2007 um 22,9 % an. Mit dem Einsetzen der Wirtschafts- und Finanzkrise sank das BIP bis 2009 um über 5 %, erreichte erst 2013 das Vorkrisenniveau von 2007 und lag 2017 41,6 % über dem Niveau des Jahres 2000. In den vergangenen Jahrzehnten wurden die Finanzdienstleistungen, insbesondere in England, konsequent ausgebaut, während vor allem der Industriesektor deutlich kleiner geworden ist. Dadurch ist London zwar der wichtigste Finanzmarktstandort Europas geworden, allerdings wirken sich Probleme auf den Finanzmärkten besonders stark auf die britische Wirtschaft aus. Als Folge der Finanzkrise erhöhte sich die Arbeitslosigkeit von 5,3 % im Jahr 2007 auf 8 % im Jahr 2011 und konnte erst 2015 mit 5,4 % das Vorkrisenniveau erreichen. Gelungen ist dies unter anderem mit einer stärkeren Wirtschaftsförderung, insbesondere der Bauwirtschaft und der Verkehrsinfrastruktur. Insgesamt hatte Großbritannien im Jahr 2017 mit 2,4 Billionen Euro das zweithöchste BIP in Europa.

In **Deutschland** lag bis 2008 mit 11,4 % ein verhältnismäßig schwaches Wirtschaftswachstum vor. Noch zu Beginn der 2000er Jahre wurde Deutschland aufgrund eines kaum vorhandenen Wirtschaftswachstums und einer relativ hohen Arbeitslosigkeit (2000: 8 %; 2005: 11,3 %) stark kritisiert, weshalb die damalige Bundesregierung zahlreiche Reformen einleitete, die die Arbeitslosigkeit reduzieren und die Schaffung von Arbeitsplätzen für Unternehmen attraktiver gestalten sollten. Als Folge wurde unter anderem einer der größten Niedriglohnsektoren in Europa geschaffen (vgl. [Abbildung IV.29](#)). Schließlich erlebte die deutsche Wirtschaft im Jahr 2009 mit einem Rückgang von 5,6 % des BIP die tiefste Rezession seit Bestehen der Bundesrepublik. Das lag vor allem am hohen Rückgang der Exporte, auf denen im Wesentlichen die wirtschaftliche Stärke Deutschlands beruht. Mit Hilfe von zwei großen Konjunkturpaketen sowie einer schnellen Steigerung der Exporte, stieg das BIP

bereits im Jahr 2011 wieder über das Vorkrisenniveau und war 2017 insgesamt um 23,9 % im Vergleich zum Jahr 2000 gestiegen. Zusätzlich hatte Deutschland im Jahr 2017 mit 2,8 Billionen Euro das höchste BIP in Europa.

In **Frankreich** wuchs das BIP bis 2008 um 14 %. Die wirtschaftliche Stärke liegt traditionell in einem hohen Inlandskonsum, einem großen öffentlichen Sektor sowie einer großen Tourismusbranche begründet. Im Zuge der Wirtschaftskrise verringerte sich das BIP 2009 mit 3 % verhältnismäßig moderat und überschritt bereits 2011 das Vorkrisenniveau. Seitdem wächst die Wirtschaft moderat an. Das BIP lag 2017 um 22,6 % höher als im Jahr 2000. Der Preis für das Wachstum sind zunehmend staatlich subventionierte Arbeitsplätze, um bessere Jobperspektiven für jüngere Arbeitslose unter 25 zu schaffen und ältere Beschäftigte länger im Erwerbsleben zu halten. Kritisiert wird dabei, dass vor allem Beschäftigung im öffentlichen und nicht im privaten Sektor gefördert wird. Trotz der Subventionen und des Wirtschaftswachstums kam es in den vergangenen Jahren sowohl zu einer steigenden Arbeitslosigkeit (2008: 7,2 %; 2017: 9,5 %) als auch zu einem leichten Absinken der Erwerbstätigenquote (2008: 64,8 %; 2017: 64,7 %). Mit knapp 2 Billionen Euro hatte Frankreich im Jahr 2017 das drittgrößte BIP in Europa.

Eine der schwierigsten wirtschaftlichen Entwicklungen in der EU hat weiterhin **Griechenland** durchzustehen. Noch bis zum Jahr 2007 hatte sich das BIP im Vergleich zum Jahr 2000 um 32,4 % erhöht, sank allerdings im Zuge der Wirtschafts- und Finanzkrise seit 2008 kontinuierlich und liegt seit 2013 unterhalb des Wirtschaftsniveaus von 2000. Schon vor der Krise galt die griechische Wirtschaft als relativ strukturschwach, da sie immer noch stark von der Agrarwirtschaft geprägt (Anteil der Beschäftigten 2000: 17 %; 2012: 12,2 %) und industrielle Großproduktion kaum vorhanden ist. So erwirtschafteten die 50 größten Unternehmen 2011 nur rund 64 Mrd. Euro an Umsatz (VW 2011: 159 Mrd. Euro). Bereits mit der Einführung des Euro im Jahr 2004 war der griechische Staat hochverschuldet. Die Wirtschafts- und Finanzkrise verschlimmerte den ohnehin schlechten Zustand des Staatshaushaltes und der Wirtschaft zusätzlich, sodass die EU, die Europäische Zentralbank (EZB) und der Internationale Währungsfonds (IWF) bis heute zwei Hilfspakete aus Krediten in Höhe von 110 Mrd. und 130 Mrd. Euro bereitstellen mussten, um einen drohenden Staatsbankrott abzuwenden. Zusätzlich wird durch Ausgabenkürzungen, Steuererhöhungen und Privatisierungen im Bereich des öffentlichen Sektors versucht, die Staatsausgaben zu reduzieren und die Einnahmen zu erhöhen. Trotzdem findet eine wirtschaftliche Erholung nur schleppend statt. Durch die seit 2013 nur langsam zurückgehende Arbeitslosigkeit (2017: 21,7 %) und die im geringen Umfang steigende Erwerbstätigkeit (2017: 53,5 %) lässt sich nach wie vor nicht von einem wirtschaftlichen Aufschwung sprechen.

In **Italien** stieg zwar das BIP bis 2007 um 8,5 %, sank allerdings in Folge der Wirtschafts- und Finanzkrise wieder und lag im Jahr 2017 um 2,5 % leicht oberhalb des BIP vom Jahr 2000. Das Wirtschaftswachstum vor der Krise erklärt sich vor allem aus der starken Exportorientierung Italiens, die noch im Jahr 2008 den vierthöchsten Exportüberschuss von Industriegütern weltweit erzielen konnte. Seit dem Einsetzen der Wirtschaftskrise konnte Italien nicht mehr an die Exportstärke früherer Jahre anknüpfen, weshalb es bisher nicht zu einer wirtschaftlichen Erholung, sondern zu einem kontinuierlichen Absinken des BIP gekommen ist. Trotzdem stellte Italien im Jahr 2016 mit knapp 1,5 Billionen Euro das vierthöchste BIP in der EU.

## Methodische Hinweise

Die Daten beruhen auf den Daten des ESVG (Europäisches System Volkswirtschaftlicher Gesamtrechnungen) und stammen vom statistischen Amt der Europäischen Union (Eurostat). Mit dem ESVG werden vergleichbare Informationen über Struktur und Entwicklung der Wirtschaft der Mitgliedstaaten der Europäischen Union und ihrer Regionen erhoben.

Bei der Ermittlung des BIP wird zwischen Entstehungs-, Verteilungs- und Verwendungsrechnung unterschieden. Bei der Entstehungsrechnung wird das BIP in den Wirtschaftsbereichen seiner Entstehung (z.B. Land- und Forstwirtschaft, produzierendes Gewerbe, Handel, Gastgewerbe und Verkehr, öffentliche und private Dienstleister) gemessen. Ausgangspunkt dabei ist die Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche. Die Verwendungsrechnung ermittelt das BIP als Summe aus privatem und staatlichem Konsum (Konsumausgaben der privaten Haushalte und der privaten Organisationen ohne Erwerbszweck sowie Staatsverbrauch), Investitionen und Außenbeitrag. Bei der Verteilungsrechnung wird das BIP aus der Summe der Lohn- und Gehaltseinkommen der Arbeitnehmer, der Unternehmensgewinne und der Vermögenserträge in der Volkswirtschaft berechnet. Ausgangspunkt ist dabei meist das Volkseinkommen.

Darstellungen des BIP unterscheiden zwischen nominalen und realen Größen. Bei nominalen gehen die Güter und Dienstleistungen zu ihren jeweiligen Periodenpreisen in die Berechnung ein, so dass sich die Inflation direkt auf die Höhe des BIP auswirkt. Eine 2-prozentige Inflation lässt so auch das BIP um 2% steigen, ohne dass sich die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit der jeweiligen Volkswirtschaft entsprechend erhöht hätte. Um das BIP unabhängig davon beobachten und international vergleichen zu können, wird im Allgemeinen das reale BIP dargestellt. Dabei werden die Güter und Dienstleistungen zu Marktpreisen eines festgesetzten Basisjahres bewertet (BIP zu konstanten Preisen) und nationale Preisniveaus ausgeblendet.

Grundsätzlich ist das Bruttoinlandsprodukt der am häufigsten verwendete Messwert für die Gesamtgröße einer Volkswirtschaft und damit wichtigster Bestandteil der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR). Allerdings ist die Aussagekraft des BIP bezüglich der Wirtschaftsleistung einer Volkswirtschaft ungenau, da einzelne Faktoren wie Schwarzarbeit, Subsistenzwirtschaft, unbezahlte Familienarbeit oder häusliche Pflege nicht eingerechnet werden. Deshalb spiegelt das BIP nur die offiziell gehandelte Produktionsleistung und nicht den tatsächlichen Wohlstand einer Volkswirtschaft wider.